

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Dirk Geilen

Armutsbekämpfung im Zentrum des Haushalts 2005/2006

Der von Finanzminister Palaniappan Chidambaran vorgestellte Haushalt 2005/2006 stellt Milliardenprogramme für Gesundheit, Grundbildung, den Ausbau der ländlichen Infrastruktur sowie für die vom Tsunami betroffenen Regionen in Aussicht. Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt 5.143 Milliarden Rupien (117,5 Milliarden US-Dollar). Die erhöhten Ausgaben in den genannten Bereichen sind nach Aussagen des Finanzministers Ausdruck einer von der Regierungskoalition verfolgten Strategie zur Armutsbekämpfung. Diese stellte die indische Regierung seit ihrem überraschenden Wahlsieg vom Mai 2004 in den Mittelpunkt ihrer Politik. Dabei notwendige wirtschaftliche Reformen sollen so sozialverträglich wie möglich durchgeführt werden. Bei allen angestrebten Reformen muss der Finanzminister darüber hinaus Kompromisse finden, um die Interessen der Kommunisten innerhalb des regierenden Parteienbündnisses zu berücksichtigen. Diese stehen den Plänen entgegen, ausländische Investitionen vor allem im Telekommunikationsbereich und in der Luftfahrt zu erleichtern oder die Arbeitsgesetze hin zu einer Lockerung des Kündigungsschutzes aufzuweichen. Gleichzeitig beabsichtigt Chidambaram das Steuersystem des Landes zu reformieren. Einkommens- und Unternehmenssteuern sollen gesenkt und im Gegenzug ab April eine Mehrwertsteuer eingeführt werden. Vor allem gegen letztere muss er mit dem Widerstand einzelner Interessengruppen rechnen. Ende März machten vor allem die Händler des Landes gegen die neue Steuer Front und gingen im ganzen Land zu Tausenden auf die Straße.

Kein Patent auf indisches Neembaumöl

Nach einem sich über zehn Jahre hinziehenden Verfahren, hat das Europäische Patentamt in letzter Instanz das Patent einer US-Firma auf ein Öl aus dem indischen Neembaum widerrufen. Gültig war das Patent in 14 europäischen Staaten und umfasste den Einsatz von extrahiertem Neembaumöl gegen Insekten und Pilzbefall von Pflanzen. Das Patentamt begründet seine Entscheidung damit, dass aus Indien Beweise für eine frühere Nutzung des Öls zur Schädlingsbekämpfung vorgelegt worden seien. Im Gegensatz zur Rechtslage in den USA, wo ein solches Wissen in einem Journal niedergeschrie-

ben sein muss, sah es das Europäische Patentamt als ausreichend an, dass der Prozess für den das Patent erlassen worden ist, in Indien bereits seit vielen Jahren zur Anwendung kommt. Das Patent war 1994 erteilt worden und hatte seitdem eine Welle des Protests unter dem Vorwurf der „Bio-Piraterie“ ausgelöst. Die Leiterin der an der Kampagne beteiligten *Research Foundation for Science, Technology and Ecology* (RFSTE), die Umweltaktivistin Vandana Shiva, bezeichnete die Entscheidung als wegweisend für die Anerkennung indigenen traditionellen Wissens, nicht nur in Indien, sondern weltweit.

Ausschreitungen zwischen Muslimen in Lucknow

In der nordindischen Stadt Lucknow ist es am 20. Februar 2005 zu blutigen Ausschreitungen zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen gekommen, in deren Folge drei Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden. Zu den Zusammenstößen in der Altstadt Lucknows kam es, nachdem der Prozessionszug schiitischer Muslime zu Ehren des Märtyrers Hussein durch ein vorwiegend von Sunniten bewohntes Viertel zog. Offenbar ausgelöst durch zunächst verbal ausgetragene religiöse Differenzen mündete der Streit in eine regelrechte Straßenschlacht, die von den anrückenden Sicherheitskräften nur schwer unter Kontrolle zu bringen war. Eine anschließend verhängte Ausgangssperre konnte

schließlich die Sicherheit in der Stadt wieder herstellen.

Bereits in der Vergangenheit waren Prozessionen in Lucknow von Gewalttätigkeiten überschattet. Seit einigen Jahren regelt ein Abkommen zwischen Sunniten und Schiiten der Stadt die Durchführung von Prozessionen und regelt unter anderem deren genauen Verlauf.

Viele Beobachter konstatieren landesweit eine Zunahme der Spannungen zwischen den beiden größten muslimischen Religionsgemeinschaften. Zu Beginn des Jahres gipfelten diese in einer Aufspaltung der einflussreichsten muslimischen Interessensorganisation, des *All India Muslim Personal Law Board* (AIMPLB).

... Im Überblick

Regionalwahlen mit zum Teil unklaren Mehrheitsverhältnissen

Die Auszählung der Stimmen zu den Landesparlamenten in den drei nördlichen Unionsstaaten Bihar, Haryana und Jharkhand brachten zum Teil nicht die zur Regierungsbildung erforderlichen Mehrheiten. Einzig im an die Hauptstadt Neu-Delhi angrenzenden Haryana ergab die Auszählung eine klare Mehrheit zugunsten der oppositionellen *Congress*-Partei. Mit ihrem Wahlsieg über die bis dato regierende *Indian National Lok Dal* stellt sie mit Bhupinder Singh Hooda erstmals nach neun Jahren wieder den Ministerpräsidenten.

Das bevölkerungsreiche und ökonomisch zu den ärmsten indischen Bundesstaaten zählende Bihar wird zunächst der Direktverwaltung durch Delhi unterstellt (*President's Rule*), nachdem die Wahl keinen klaren Sieger hervorbrachte. Keines der sich gegenüberstehenden politischen Lager – weder das säkulare noch das hindu-nationalistische – konnte die zur Regierungsbildung erforderliche Mehrheit erreichen. Stärkste Partei wurde die *Rashtriya Janata Dal* (RJD) mit 75 Sitzen,

der mit ihr koalierende *Congress* brachte es lediglich auf zehn Mandate. Mit 55 Sitzen ist die *Janata Dal United* (JD(U)) die zweitstärkste Partei. Doch auch sie kann zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der hindu-nationalistischen *Bharatiya Janata Party* (BJP), die es auf 37 Mandate brachte, nicht die Mehrheit in der *Vidhan Sabha*, dem Landesparlament Bihars, stellen. Die *Lok Janshakti Party* (LJP) unter Ram Vilas Paswan mit ihren 29 Sitzen konnte sich trotz heftiger Werbungsversuche für keines der beiden Lager entscheiden. Politisch steht Paswan zwar der RJD mit ihrem umstrittenen Parteiführer Laloo Prasad Yadav nahe. Doch obwohl beide auch dem Kabinett der Zentralregierung in Delhi angehören, gab offensichtlich die persönliche Abneigung Paswans gegen Laloo den Ausschlag für diese Entscheidung.

Nach wochenlangem Tauziehen konnte Mitte März der alte und neue Ministerpräsident Jharkhands, der BJP-Führer Arjun Munda seine Mehrheit im Parlament unter Beweis stellen. Zunächst ge-

lang es keinem Parteienbündnis die erforderliche Mehrheit im Parlament auf sich zu vereinen. Zwar wurde die bis dato regierende BJP mit 30 Sitzen überraschenderweise erneut stärkste Partei; die mit ihr koalierende JD(U) konnte sechs Mandate erringen. Das bereits im Vorfeld als sicherer Sieger gehandelte Wahlbündnis aus *Congress* und *Jharkhand Mukti Morcha* (JMM) brachte es zusammen lediglich auf 26 Mandate. Auf den *Congress* entfielen dabei nur neun Sitze. Der Umstand, dass der Gouverneur Jharkhands dennoch das unterlegene Wahlbündnis mit der Regierungsbildung beauftragte, führte zu wütenden Protesten der Opposition auf Unionsebene und tumultartigen Szenen in der *Lok Sabha*, die sogar den Parlamentsbetrieb in Delhi für mehrere Tage lahm legten. Letztlich gelang es dem JMM-Führer Shibu Soren aber nicht, seine Mehrheit im Parlament unter Beweis zu stellen, woraufhin Arjun Munda mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.

Umstrittenem Politiker Einreise in die USA verweigert

Dem Ministerpräsidenten von Gujarat, Narendra Modi, wird aufgrund seiner Rolle während der Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen im Jahr 2002 die Einreise in die USA verweigert. Nach Aussagen des US-Botschafters in Indien wird die Erteilung eines Visums untersagt, sollte ein ausländischer Regierungsvertreter für die Verletzung der religiösen Freiheit verantwortlich sein. Un-

terstützt wird diese Argumentation im Fall Modis durch einen jüngst veröffentlichten Untersuchungsbericht zu den Vorfällen, der schwere Vorwürfe an die Adresse der politisch Verantwortlichen richtet. Der der *Bharatiya Janata Party* (BJP) angehörende Modi war bereits 2002 Ministerpräsident des nordwestindischen Bundesstaats, als ein Feuer in einem mit Hindus besetzten Pilgerzug zu einer

Gewaltwelle gegen die muslimische Minderheit führte, in deren Folge rund 1.000 Menschen getötet wurden. Sowohl die indische Regierung als auch die in der Opposition befindliche BJP kritisierten die Entscheidung, einem demokratisch legitimen Ministerpräsidenten die Einreise in die USA zu verweigern.

Gesetz gegen religiöse Bekehrung in Rajasthan geplant

Das von der hindu-nationalistischen *Bharatiya Janata Party* (BJP) geführte Rajasthan plant die Einführung eines Gesetzes zur Verhinderung religiöser Bekehrungen. Auslöser für diese Entscheidung war eine Veranstaltung vorwiegend US-amerikanischer Missionare, de-

nen vorgeworfen wird, die Konvertierung von Hindus zum christlichen Glauben vorantreiben zu wollen. Bei der Konferenz im 250 Kilometer von der Hauptstadt Jaipur entfernten Kota kam es dabei zu Übergriffen gegen die Teilnehmer durch radikale Hindu-Aktivistinnen. Die

Opposition in Rajasthan wirft der Regierung vor, Ängste zu schüren und ihre Anhänger gegen Andersgläubige aufzuhetzen. Die christliche Minderheit im nordwestindischen Bundesstaat ist im Landesvergleich unterdurchschnittlich vertreten und beträgt gerade einmal 0,11 Prozent.